

Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich

- (A) wir ihnen die Möglichkeit geben, einzelnen Hinweisen mit diesem Instrumentarium nachzugehen.

Wir haben die Gesetze optimiert. Ich will zwei Beispiele nennen, die sehr wichtig sind. Erstes Beispiel: Bisher mussten die Behörden jede einzelne Fluggesellschaft abfragen, wenn sie Auskunft über Flugdaten von Passagieren haben wollten. Das war wichtig insbesondere bei der Überwachung internationaler Flugbewegungen von islamistischen Terrorverdächtigen. Wir haben jetzt die Möglichkeit vorgesehen, konzentriert auf die zentralen Buchungssysteme zuzugreifen. Bei den Fluggesellschaften muss also nicht mehr flächendeckend angefragt werden.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb werden wir viel mehr Anfragen bekommen!)

Zweites Beispiel: Wir haben auch im Bereich der Finanzbranche optimiert. Bei den Kreditinstituten muss nicht mehr in der Breite, flächendeckend, angefragt werden, sondern man kann jetzt auf die Stammdaten in den zentralen Buchungsstellen zugreifen. Das ist, lieber Herr Kollege von den Grünen, eine wichtige Verbesserung, die außerordentlich datenschonend ist. Man muss nicht mehr flächendeckend anfragen, sondern kann ganz gezielt eine Stammdatenabfrage vornehmen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum hat es dann so lange gedauert mit der FDP, bis Sie dieses Ergebnis hatten? Sie haben ja monatelang verhandelt!)

- (B) Deswegen hoffe ich, dass Sie dieser Neuerung, die notwendig und sinnvoll ist, zustimmen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben gleichzeitig Vorschriften, die weniger notwendig waren bzw. nicht angewendet wurden, weil sie nicht praktikabel waren, abgeschafft; auch das gehört dazu. Wir haben den rechtsstaatlichen Schutz in allen Gesetzen verbessert, indem wir erstens die Kontrollmöglichkeiten der G-10-Kommission gestärkt und zweitens die Eingriffsschwelle bei Verdacht erhöht haben. Das bedeutet insgesamt eine Stärkung des rechtsstaatlichen Schutzes der Betroffenen. Ich denke, dass das eine richtige Maßnahme ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ziel ist es, den Terroristen immer einen Schritt voraus zu sein. Die Antiterrorgesetze sind ein Beitrag, dieses Ziel zu erreichen. Wir sind damit in der Lage, mit den Diensten befreundeter Länder in vertrauensvoller Kooperation den Terrorismus auf internationaler Ebene zu bekämpfen. Das ist unser Ziel. Ich denke, dass wir insgesamt mit diesen Gesetzen auf einem guten Weg sind. Ich bitte Sie, dies bei den parlamentarischen Beratungen in den nächsten Wochen zu berücksichtigen und die Geltungsdauer dieser Gesetze zügig zu verlängern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

(C)

Das Wort hat nun die Kollegin Christine Lambrecht für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Christine Lambrecht (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister Friedrich, wenn die Angelegenheit nicht so ernst wäre, könnte man über die Rede, die Sie hier zu diesem ersten Thema gehalten haben, wirklich ins Lachen geraten.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Was?)

Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie die Hintergründe genannt haben, warum wir im Jahr 2002 diese Gesetze auf den Weg gebracht haben. Es war Rot-Grün, das damals die Verantwortung aufgrund der Eindrücke der Terrorangriffe angenommen und gesagt hat: Wir müssen handeln.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Das war kein einfacher Schritt. Aber wir haben damals diese Verantwortung angenommen. Das kann ich bei Ihnen in dieser Frage nicht feststellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Bitte?)

Man hat es heute wieder sehr schön erkennen können. Ich weiß nicht, für wen Sie wirklich sprechen. Die CDU/CSU klatscht lautstark, die FDP schaut verschämt nach unten.

(Zurufe von der FDP)

– Nein, Sie haben nicht geklatscht.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Nur nach Aufforderung!)

Herr Brüderle war der einsame Rufer in der Wüste. Ansonsten habe ich keine Übereinstimmung gesehen.

(Beatrix Philipp [CDU/CSU]: Sie haben nicht zugehört!)

Das wundert einen nicht, wenn man sieht, was Sie in den letzten Monaten und Jahren dazu vorgelegt haben. Seit 2007 wissen Sie, dass im Januar 2012 die Geltungsdauer dieser Gesetze auslaufen wird und dass sie entweder verlängert werden muss oder die Gesetze in irgendeiner Weise verändert werden müssen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Genau das haben wir gemacht!)

Was passiert? Seit 2009 tragen Sie Verantwortung, und seit dieser Zeit streiten und zanken Sie sich wie die Kesselflicker.

(Michael Frieser [CDU/CSU]: Kommen Sie auch noch zum Inhalt?)

(D)

Christine Lambrecht

- (A) Aber es geschieht kaum etwas. Wenn Sie, Herr Friedrich, sagen, wir sollen die parlamentarischen Beratungen zügig vorantreiben, dann frage ich: Warum denn? – Sie hatten zwei Jahre Zeit. Jetzt legen Sie einen Gesetzentwurf vor, der angeblich eilig ist. Noch nicht einmal der Bundesrat konnte dazu Stellung nehmen.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Kommt noch!)

Warum ist er denn eilig geworden? Weil Sie es verpennt haben. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zu einigen Punkten kommen, die Sie uns vorgelegt haben. Bei Ihrer Pressekonferenz hat man gedacht, Sie feierten einen Jahreswechsel. Lassen Sie uns einmal schauen, um was es dabei ging. Frau Leutheusser-Schnarrenberger war ganz verzückt darüber, dass in Zukunft die Befugnis, Auskünfte über Postfächer einzuholen, beseitigt wird – die Befugnis zu Auskünften über Postfächer! Wer glaubt denn allen Ernstes, dass diese Befugnis in der Praxis überhaupt noch eine Rolle gespielt hat?

(Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Warum haben Sie das denn eingeführt? Das stammt doch von Ihnen!)

Die Innenminister haben schon längst darauf hingewiesen, dass man diese Befugnis nicht mehr braucht. Daher empfinde ich es als mageres Ergebnis, ausgerechnet diese Beseitigung zu feiern.

- (B) Viel interessanter ist die deutliche und klare Ausweitung. Sie haben es angesprochen. In Zukunft sollen Flugdaten von zentralen Buchungssystemen abgerufen und Kontostammdaten zentral abgefragt werden. Mich erinnern diese Erweiterungen sehr an das SWIFT-Abkommen. Deswegen werden wir in der parlamentarischen Beratung zu diesen Fragen sehr genau Stellung nehmen. Ich bin gespannt, wie insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der FDP sich in dieser Frage verhalten.

Einen Punkt haben Sie nicht angesprochen; ihn finde ich besonders peinlich: Sie wollen in Zukunft eine Regierungskommission bilden, die sich weiterhin mit diesen Gesetzen beschäftigt. Was ist denn eine Regierungskommission? „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann bilde ich einen Arbeitskreis“, oder was? Der Innenminister und die Justizministerin sind für diese Gesetze zuständig.

(Michael Frieser [CDU/CSU]: Das nennt man parlamentarische Kontrolle!)

Sie hatten Zeit, um darüber zu verhandeln. Sie sind nicht weitergekommen, und jetzt verlagern Sie es auf eine irgendwie besetzte Regierungskommission. Übernehmen Sie Verantwortung! Handeln Sie so wie damals Rot-Grün unter dem Eindruck vom 11. September!

(Beifall bei der SPD – Rainer Brüderle [FDP]: Das wäre schlimm!)

Da das, was wir hier sehen, nicht ein Einzelfall eines Trauerspiels ist, lassen Sie mich noch auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, der in diesem Zusammen-

hang steht – ich vermute, wir werden da genau so weiterhin vertröstet werden –: Das ist die Frage, wie es mit der Vorratsdatenspeicherung weitergeht. Das ist der zweite Akt des schwarz-gelben Trauerspiels in der Innenpolitik. Die Regierung kann sich nicht einigen. Man kommt auf keinen gemeinsamen Nenner. Mittlerweile hat Deutschland ein Verfahren am Hals. Warum? Weil Sie nicht in der Lage sind, eine gemeinsame Position zu entwickeln. Als Konsequenz daraus können wir uns auf europäischer Ebene bei der Überarbeitung der betreffenden EU-Richtlinie nicht einbringen. Das heißt, andere verhandeln über diese Richtlinie, und wir sind außen vor – wie peinlich –, weil unsere Regierung nicht in der Lage ist, eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Meine Damen und Herren, deswegen an dieser Stelle ein Appell: Hören Sie auf mit diesem Herumgewurschtel! Machen Sie den Weg frei!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Michael Frieser [CDU/CSU]: Und Inhalt? Keiner!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Gisela Piltz ist die nächste Rednerin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Gisela Piltz (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz besonders für Sie, Frau Lambrecht: Ludwig Erhard hat einmal gesagt:

Kompromisse setzen die Beherrschung der Kunst voraus, eine Torte so aufzuschneiden, dass jeder glaubt, er habe das größte Stück Kuchen abbekommen. (D)

In diesem Sinne meinen wir, dass das ein hervorragender Kompromiss geworden ist.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Eine kleine Torte trotz vieler Worte!)

Dass Sie das nicht so sehen, habe ich mir vorher gedacht. Ihr Problem ist, dass Sie diese Gesetze erfunden haben

(Christine Lambrecht [SPD]: Das habe ich doch gar nicht bestritten!)

und jetzt eigentlich zustimmen müssten, das aber nicht können und deshalb hier irgendetwas erzählen müssen, um selber aus der Nummer herauszukommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Christine Lambrecht [SPD]: Im Gegensatz zu Ihnen übernehmen wir Verantwortung!)

Das ist Ihnen nicht gelungen. Das heißt, Sie bekommen heute kein Stück Torte ab; das tut mir leid, Frau Lambrecht.

Das größte Stück der Torte haben aber die Bürgerrechte abbekommen. Das ist wirklich etwas Besonderes. Das ist etwas, was es unter der Überschrift „Terrorismusbekämpfung“ in diesem Haus lange nicht mehr gegeben hat; denn – das haben Sie freimütig eingeräumt – das